

1 **Den Notstand an unseren Schulen stoppen –**
2 **Für einen grundlegenden Richtungswechsel**
3 **in der saarländischen Schulpolitik**

4
5 *Beschluss von Landesvorstand und Landtagsfraktion der CDU Saar*
6 *Illingen, 3. September 2023*

7
8
9 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene brauchen beste Bildungs-, Betreuungs- und
10 Ausbildungsmöglichkeiten. Damit finden sie ihren Platz im persönlichen und beruflichen
11 Leben, und nur so hat unser Land gute Chancen auf die Sicherung von Zusammenhalt und
12 Wohlstand. Deshalb stehen wir als CDU im Saarland für eine Bildungs- und Schulpolitik, die
13 auf Pragmatismus statt Ideologie setzt. Wir stehen zu unserem bewährten gegliederten
14 Schulsystem mit einer ausdifferenzierten Profilierung und einer hohen Durchlässigkeit. Wir
15 stehen für Chancenvielfalt und Chancengerechtigkeit. Überall im Saarland sollen junge
16 Menschen beste, gleichwertige Bildungschancen haben.

17
18 Die von der SPD-Alleinregierung betriebene Schulpolitik ist jedoch stark von verkrusteter
19 sozialdemokratischer Ideologie geprägt und wird den Anforderungen an eine zeitgemäße
20 Schulpolitik nicht gerecht:

- 21
- 22 • Immer weniger Kinder beherrschen die deutsche Sprache – doch statt das
23 Sprachförderprogramm „Früh Deutsch lernen“ auszubauen, stellt die SPD es ein.
 - 24 • Die Migrationszahlen sind auf einem Rekord-Hoch – doch die Einrichtung von
25 Willkommensklassen mit einer gezielten Sprachförderung für Migrantenkinder
26 scheitert an der SPD.
 - 27 • Die Digitalisierung wird immer wichtiger – doch die SPD hat kein erkennbares
28 Konzept und lässt die Schulträger im Regen stehen.
 - 29 • Den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule bis 2026 haben
30 Bund und Länder beschlossen – doch bei den erforderlichen Umbau- und
31 Erweiterungsmaßnahmen an den Schulen, die viel Geld kosten, helfen sie den
32 Kommunen nicht.

- 33 • Die Einführung von G9 bietet die große Chance auf ausdifferenzierte Wege zum
34 Schulabschluss – doch mit dem Abschaffen von Sitzenbleiben und
35 Zugangsvoraussetzung sowie einer gezielten Schwächung des Gymnasiums, etwa
36 bei den Lehrerstellen, bereitet die SPD die Einheitsschule vor.
- 37 • Im Saarland spüren wir bereits deutlich den Lehrermangel im Bildungsbereich – doch
38 ein Konzept des SPD-Bildungsministeriums, um diesem wachsenden
39 Fachkräftemangel wirksam zu begegnen, fehlt weiter völlig. Stattdessen frustriert
40 die fehlende Wertschätzung der Landesregierung im Umgang mit den Lehrerinnen
41 und Lehrkräften, den Sprachförder-Lehrkräften und anderen Fachkräften motivierte
42 Menschen in der Schulgemeinschaft. Gleichzeitig vergrault die Landesregierung mit
43 Ignoranz gegenüber Überlastungsanzeigen, Brandbriefen,
44 Verbesserungsvorschlägen der Fachkräfte und durch die chaotischen Zustände bei
45 Stellenvergaben potenzielle neue Lehrerinnen und Lehrer.

46

47 Deshalb fordern wir einen grundlegenden Richtungswechsel in der saarländischen
48 Schulpolitik, um den Notstand an unseren Schulen zu stoppen. Mit den folgenden
49 Maßnahmen legen wir als CDU im Saarland zu Beginn des neuen Schuljahres unser
50 Sofortprogramm für eine moderne Schulpolitik für das Saarland vor.

51

52

53 **1. Wir wollen die Sprachkompetenz als zentrale Grundlage für den** 54 **Schulweg gezielt stärken und fördern.**

55

- 56 • Immer weniger Kinder in Deutschland können zum Ende ihrer Grundschulzeit richtig
57 lesen. Diesen höchst alarmierenden Befund hat zuletzt die Internationale
58 Grundschul-Lese-Untersuchung aufgezeigt. Während der Bedarf an gezielter
59 Sprachförderung also immer deutlicher nachgewiesen wird, hat das SPD-
60 Bildungsministerium schon im letzten Jahr das erfolgreiche Sprachförderprogramm
61 „Früh Deutsch lernen“ in einer Nacht-und-Nebel-Aktion eingestellt. Das war ein
62 großer Fehler der SPD, der umgehend korrigiert werden muss. Kinder mit
63 Sprachdefiziten in Deutsch müssen in ihrem eigenen Interesse vor der regulären
64 Einschulung intensiv gefördert und für die Schule vorbereitet werden. Deshalb
65 fordern wir die Landesregierung auf, das Programm „Früh Deutsch lernen“

66 umgehend wieder einzuführen und flächendeckend auszubauen. Der Grundsatz
67 „Deutsch vor der Einschulung“ muss endlich eine größere Priorität erhalten und im
68 Saarland flächendeckend sichergestellt werden.

69

70 • Durch die aktuellen Rekordzahlen bei der Einwanderung kommen auch immer mehr
71 Flüchtlingskinder in unsere Schulen, die nicht über ausreichend Deutschkenntnisse
72 verfügen. Viele Bundesländer haben deshalb Willkommensklassen und spezielle
73 Sprachkurse eingerichtet, um diese Kinder vor dem Wechsel in die Regelschule
74 gezielt in Deutsch zu fördern. Wir fordern die Landesregierung auf, diesem Beispiel
75 endlich zu folgen und auch im Saarland Willkommensklassen vor allem in den
76 weiterführenden Schulen einzurichten. Denn für Kinder und Jugendliche mit
77 Migrationshintergrund ist es grundlegend, frühzeitig Deutsch zu lernen, um am
78 Gesellschaftsleben teilhaben und in Schule und Berufsleben einsteigen zu können.

79

80 • Um nicht-schulreifen Kindern einen guten Start in der Schuleingangsphase zu
81 ermöglichen, sind für uns Schulkindergärten ein wichtiges Instrument, das in allen
82 Schulregionen wieder eingerichtet werden sollte. Im Sinne einer Inklusion mit
83 Augenmaß bieten Schulkindergärten die Chance, noch nicht schulreife Kinder
84 behutsam und spielerisch auf die Grundschule vorzubereiten. Das ermöglicht diesen
85 Kindern den bestmöglichen Schulstart und geht individuell auf sie ein. Hinsichtlich
86 der Ausgestaltung der Schulkindergärten bietet das Konzept der
87 Sprachförderklassen, das weiterentwickelt und gestärkt werden sollte, einen guten
88 Orientierungsrahmen.

89

90

91 **2. Wir wollen die Städte und Gemeinden dabei unterstützen, eine** 92 **„Investitionsoffensive Grundschulen“ umzusetzen.**

93

94 • Zu den Rahmenbedingungen für eine gute Lernumgebung für unsere Schülerinnen
95 und Schüler gehören moderne, gut ausgestattete Schulen. Doch insbesondere die
96 Städte und Gemeinden, die für Bau, Instandhaltung und energetische Sanierung der
97 Grundschulen zuständig sind, können notwendige Maßnahmen aufgrund fehlender
98 Haushaltsmittel schon jetzt nicht hinreichend umsetzen. Hinzukommt ein

99 zusätzlicher Umbau- und Erweiterungsbedarf durch den Rechtsanspruch auf
100 Ganztagsbetreuung in der Grundschule ab 2026. Diesen haben Bund und Länder
101 gemeinsam vereinbart, allerdings haben sie immer noch nicht verbindlich mitgeteilt,
102 in welcher Dimension und wie sie die Kommunen bei dieser Herausforderung
103 unterstützen wollen. Weder aus dem 3-Milliarden-Schuldenfonds noch darüber
104 hinaus gibt es von der SPD-Landesregierung konkrete Aussagen, wie sie die
105 Kommunen beim Schulbau unterstützen will; das im Wahlkampf versprochene
106 Schulbauprogramm verharret im Status der Ankündigung.

107

- 108 • Wir als CDU haben gehandelt und ein Konzept für ein Programm
109 „Investitionsoffensive Grundschulen“ entwickelt und hierfür einen konkreten
110 Finanzierungsvorschlag vorgelegt. Das Programm kann noch im laufenden
111 Haushaltsjahr beginnen und bis zum Ende der Legislaturperiode mit mindestens 300
112 Millionen Euro ausgestattet werden. Kommunen und Land sind eine
113 Schicksalsgemeinschaft: Diesem Bekenntnis müssen auch Taten folgen. Durch das
114 Programm „Investitionsoffensive Grundschulen“ wollen wir deshalb gemeinsam mit
115 den Städten und Gemeinden den Zustand unserer Grundschulen zügig verbessern
116 und dazu eine grundlegende Sanierung ermöglichen. Wir fordern die SPD-
117 Landesregierung auf, in den anstehenden Haushaltsberatungen den Weg
118 freizumachen, um unsere Städte und Gemeinden konkret und wirksam bei den
119 notwendigen Investitionen in die Grundschulen zu unterstützen.

120

121

122 **3. Die SPD-Einheitsschule stoppen: Wir wollen das gegliederte** 123 **Schulsystem in seiner bewährten Struktur stärken – mit vielfältigen** 124 **Erfolgswegen und hoher Durchlässigkeit.**

125

- 126 • Bei den weiterführenden Schulen stehen wir fest zum hinreichend bewährten Zwei-
127 Säulen-Modell von Gemeinschaftsschule und Gymnasium. Diese unterschiedlichen
128 Schulformen müssen weiter unterscheidbar ausgestaltet werden: Gymnasium und
129 Gemeinschaftsschule mit jeweils eigenständigem Profil. Eine solche Differenzierung
130 ist der richtige Weg, um unsere Kinder entsprechend ihrer individuellen
131 Leistungsfähigkeit zu unterrichten. Als dritte Säule bieten die beruflichen Schulen

132 ein breites Portfolio an unterschiedlichen Abschlüssen. Diese drei Schulformen
133 garantieren eine hohe Durchlässigkeit und ermöglichen den Weg zum Abitur.

134

135 • Die SPD ist auf dem Irrweg, indem sie das Sitzenbleiben am Gymnasium generell in
136 Klasse 6, in Modellversuchen sogar bis in Klasse 7 abschafft. Aber auch eine
137 Regelung, wonach in Ausnahmefällen bei völlig überforderten Schülern durch
138 Zweidrittel-Beschluss der Klassenkonferenz ein Wechsel zur Gemeinschaftsschule
139 möglich ist, soll wegfallen. Hinzukommt, dass die Landesregierung sich parallel zu
140 diesen Aufweichungen grundsätzlich gegen Zugangsvoraussetzungen für das
141 Gymnasium sperrt. Außerdem machen die künftig lediglich vorgesehenen 178
142 Unterrichtsstunden in der gymnasialen Stundentafel das Saarland zum Schlusslicht
143 unter den Bundesländern mit neunjährigem Gymnasium. Damit bestätigen sich alle
144 Befürchtungen, wonach die Landesregierung die zunehmende Angleichung der
145 Leistungsniveaus an den Gymnasien und Gemeinschaftsschulen nicht nur in Kauf
146 nimmt, sondern aktiv befördert. Das bedeutet das Ende des Grundsatzes Fördern
147 und Fordern an saarländischen Gymnasien. Das ist SPD-Ideologie pur und der Weg
148 zur Einheitsschule durch die Hintertür. Diesen falschen Weg wollen wir stoppen.

149

150 • Wir setzen uns für verbindliche Zugangsvoraussetzungen für die Gymnasien als
151 Grundlage für die Entscheidung zur weiterführenden Schule ein, die nur in
152 begründeten Fällen wie persönlichen Härten Ausnahmen zulässt. Im Sinne einer
153 klaren Abgrenzung der Schulformen fordern wir eine Ausrichtung auf den jeweiligen
154 Auftrag: Beim Gymnasium sind das Prinzip des Wissenschaftsbezugs und die
155 Gewährleistung einer grundsätzlichen Studierfähigkeit prägend, während die
156 Gemeinschaftsschule mit einem stärkeren Praxisbezug die beste Grundlage für eine
157 qualitativ hohe Ausbildung bieten soll. Deshalb ist es wichtig, dass bei der
158 anstehenden Reform der Gemeinschaftsschul-Verordnung der Gedanke
159 ausdifferenzierter Schulformen angemessen berücksichtigt wird. Neben
160 unterschiedlichen Wegen zum Schulabschluss muss das Prinzip des Forderns und
161 Förderns in allen Schulformen erhalten bleiben. Hierzu gehören die
162 Leistungsbewertung durch Noten und die Versetzung, aber auch eine gleichwertige
163 Ressourcenverteilung und eine stärker an der jeweiligen Schulform ausgerichtete
164 Lehrerbildung.

165

166 • Wir halten es für sträflich, dass die berufliche Bildung in der aktuellen Politik der
167 Landesregierung keine Rolle zu spielen scheint: Eine Nullrunde bei den Lehrerstellen
168 statt einer Stärkung gerade in dem Bereich der Ausbildungsvorbereitung. Keine
169 Endgeräte für die Berufsschüler, die unmittelbar in den Betrieben digital arbeiten
170 müssen. Eine fehlende ideologiefreie Bildungswegeberatung, die den Schülern die
171 Möglichkeiten dieser Schulform klar aufzeigt. So darf eine Landesregierung mit den
172 dringend benötigten Fachkräften von morgen nicht umgehen.

173

174

175 **4. Wir wollen die richtigen Arbeitsbedingungen für engagierte und**
176 **motivierte Lehrerinnen und Lehrer, die Freude an der Arbeit haben.**

177

178 • Dass mit der bestehenden Personalisierung keine optimalen Arbeitsbedingungen für
179 die Lehrkräfte erzielt werden können, ist unstrittig. Deshalb begrüßen wir es
180 grundsätzlich, dass die Landesregierung entsprechend der Steigerung der
181 Schülerzahlen 160 neue Lehrkräfte eingestellt hat. Jedoch ist die Festlegung allein
182 auf Grund- und Gemeinschaftsschulen, während die Gymnasien leer ausgehen
183 sollen, das völlig falsche Zeichen. Das ist ein weiterer Beleg dafür, dass die SPD kein
184 Herz für ein ausdifferenziertes Zwei-Säulen-Modell aus Gymnasium und
185 Gemeinschaftsschule hat. Genauso falsch ist es, dass auch die Förderschulen und die
186 beruflichen Schulen leer ausgehen sollen. Wir fordern die Landesregierung auf,
187 unverzüglich eine Kurskorrektur vorzunehmen. Außerdem muss sie für eine
188 bedarfsgerechte Ausstattung der Lehrerreserve sorgen und die hierzu erforderliche
189 Aufstockung kurzfristig umsetzen.

190

191 • Neben zusätzlichen Lehrerstellen können auch gezielte Entlastungen dazu
192 beitragen, den Lehrkräften mehr Zeit für das zu gewähren, auf das es wirklich
193 ankommt: das Lehren und Lernen im Unterricht. Hierzu zählt unter anderem eine
194 Entlastung der Lehrkräfte von unterrichtsfernen Aufgaben wie der Administration
195 digitaler Infrastruktur. Außerdem sprechen wir uns für eine Entlastung der
196 Schulleitungen, insbesondere in Grund- und Förderschulen, durch eine Absenkung
197 der Unterrichtsverpflichtung aus. Nur so kann gewährleistet werden, dass das
198 Saarland zukünftig noch Fachkräfte an diesen Schulformen für eine Leitungsfunktion

199 gewinnen kann. Für eine vorausschauende Personalisierung fordern wir das
200 Bildungsministerium auf, ein Gesamtkonzept zu einer Fachkräfteoffensive zu
201 erstellen, das den Personalbedarf von der Kita durch alle Schulformen adressiert.

202

203

204 **5. Wir wollen eine umfassende digitale Bildung an den Schulen – mit**
205 **ordentlicher Technik, fachspezifischen Inhalten und fürsorgendem**
206 **Kinder- und Jugendschutz.**

207

208 • Eine umfassende digitale Bildung an den saarländischen Schulen bleibt, trotz vieler
209 Investitionen in die Technik, durch die SPD-Bildungspolitik nach wie vor nur eine
210 Vision. Noch immer fehlt ein inhaltliches Konzept für alle Jahrgangsstufen, die
211 überfällige Überarbeitung der Lehrpläne und die Festlegung klarer Ziele für den
212 digitalen Unterricht. Tablets allein machen noch keinen digitalen Unterricht. Um den
213 Schülerinnen und Schülern einen vergleichbaren digital unterstützten Unterricht zu
214 ermöglichen, braucht es deshalb endlich ein Steuerungskonzept aus dem
215 Bildungsministerium. Um die Medienausleihe bedarfsgerecht weiterzuführen, muss
216 das Bildungsministerium zudem einen klaren Finanzierungs- und Priorisierungsplan
217 erstellen. Bei der Wartung und Administration der Endgeräte darf die
218 Landesregierung die Schulträger nicht im Regen stehen lassen, sondern muss für
219 eine adäquate Kompensation des steigenden Finanz- und Personalbedarfs in den
220 Landkreisen sorgen, der durch die zusätzlichen Vorgaben des Landes ausgelöst wird.

221

222 • Neben einem technischen Gesamtkonzept des Bildungsministeriums für das
223 gesamte Land und einem pädagogischen Konzept, wie der Einsatz der Tablets
224 konkret aussehen soll, drückt sich das Ministerium auch beim Thema Jugendschutz
225 davor, klare Vorgaben zu machen. Die Verantwortung für die Technik wird den
226 Kreisen zugeschoben, die Verantwortung für die Pädagogik den Lehrern, und um den
227 Rest sollen sich die Eltern kümmern. Wir erwarten, dass das Ministerium sich nicht
228 länger wegduckt und endlich einen Rahmen und pädagogische Leitlinien vorgibt, wie
229 sich der Unterricht mit den Tablets an allen Schulformen entwickeln soll – und auch,
230 was damit im Sinne des Kinder- und Jugendschutzes nicht passieren darf.

231

232 • Der Einsatz digitaler Medien und Unterrichtskonzepte darf nicht zum reinen
233 Selbstzweck werden, sondern muss klar nach pädagogisch sinnvollen Kriterien und
234 schulintern strukturiert erfolgen. Dabei sind insbesondere die Lehrkräfte gefragt, die
235 dadurch einen zusätzlichen Unterstützungsbedarf haben. Um über eine Vielzahl an
236 inhaltlichen Angeboten und Methoden für digital gestütztes Unterrichten zu
237 verfügen und die Schülerinnen und Schüler in ihrem Lernprozess begleiten zu
238 können, bedarf es deshalb einer gezielten, kontinuierlichen Weiterbildung der
239 Lehrerinnen und Lehrer.

240

241 • Der Einsatz digitaler Lernmittel muss gerade in Zeiten zu weniger Lehrkräfte stärker
242 dafür genutzt werden, um Schülerinnen und Schülern auch eine eigenständige
243 Befassung mit Lerninhalten zu ermöglichen. Digitale Technik und Künstliche
244 Intelligenz bieten weitreichende Potenziale für ein individuelles Lernen, etwa
245 hinsichtlich Geschwindigkeit und Schwierigkeitsgrad. Diese Chancen müssen
246 stärker genutzt werden. Wir fordern die Landesregierung deshalb auf, im Rahmen
247 der Zusammenarbeit der Bundesländer und mit dem Bund Synergiepotenziale im
248 Bereich digitaler Lernmittel zu prüfen sowie sich wirksam für einen Digitalpakt 2.0
249 einzusetzen.

250

251 • Die rasante Entwicklung im Bereich der Künstlichen Intelligenz ist eine
252 Herausforderung auch an die Prüfungsformate in den Schulen. Deshalb fordern wir
253 das Bildungsministerium auf, ein Konzept für alternative Prüfungsformate zu
254 erarbeiten, das die bisherige Praxis vor dem Hintergrund neuer Entwicklungen
255 kritisch hinterfragt und zukunftsfähige Alternativen aufzeigt. Es muss sichergestellt
256 werden, dass auch in Zukunft valide beurteilt werden kann, ob ein Schüler seine
257 Leistung allein erbracht hat oder ob sie mit Hilfe digitaler Technik oder Künstlicher
258 Intelligenz angefertigt wurde.

259

260

261 **6. Wir wollen Inklusion mit Augenmaß – mit individueller Förderung,**
262 **aber ohne Ideologie.**

263

- 264
- 265
- 266
- 267
- 268
- 269
- 270
- 271
- 272
- 273
- 274
- 275
- 276
- 277
- 278
- 279
- 280
- 281
- 282
- 283
- 284
- 285
- 286
- 287
- 288
- 289
- 290
- 291
- 292
- 293
- 294
- 295
- Wir setzen uns weiterhin für ein richtig verstandenes inklusives Bildungssystem ein, in dem das gemeinsame Lernen von behinderten und nicht behinderten Menschen eine Selbstverständlichkeit ist. Dabei wollen wir für jedes Kind eine optimale Förderung, die sich an seinen individuellen Bedürfnissen ausrichtet und passgenaue Lösungen bietet. Maßgeblich ist für uns das Wohl des einzelnen Kindes.
 - Die inklusive Beschulung im Saarland muss deshalb auch zukünftig so umgesetzt werden, dass sie grundsätzlich eine gleichberechtigte, diskriminierungsfreie Teilhabe aller Schülerinnen und Schüler am Schulleben ermöglicht. Ein integraler Baustein hierfür sind die Förderschulen, deren Eigenständigkeit und Weiterentwicklung mit den verschiedenen Förderschwerpunkten gesichert werden müssen. Das unter CDU-geführten Landesregierungen entwickelte Konzept bestehend aus den bereits eingesetzten Inklusionsmaßnahmen, dem Erhalt der Förderschulen in einer guten Qualität sowie dem verstärkten Einsatz von Förderschullehrkräften an Regelschulen hat sich bewährt. Bei dem Wahlrecht zwischen inklusivem Unterricht in den Regelschulen und spezialisiertem Unterricht in den Förderschulen muss es bleiben. Bei entsprechendem Bedarf müssen die Förderschulen ausgebaut bzw. weitere eingerichtet werden.
 - Um die langjährigen Praxiserfahrungen in die weitere Entwicklung einzubeziehen, setzen wir uns für eine Evaluation und realistische Neuaufstellung der Inklusionsverordnung ein. Eine klare Diagnostik ist dabei für uns als wesentliche Grundlage unverzichtbar, um ideologiefreie Beurteilungen zu ermöglichen. Außerdem sollte die Multiprofessionalität neu aufgestellt werden und den Fokus nicht ausschließlich auf die Sozialpädagogik richten, sondern mit einer breiten Fachkräfteoffensive Förderschullehrkräfte und Schulpsychologie personell in der Fläche stärken. Außerdem braucht es mehr spezialisierte Anlaufstellen, beispielsweise Autismus-Therapiezentren.
 - Um dem akuten Mangel an Förderschullehrkräften aktiv entgegenzuwirken, fordern wir die Landesregierung auf, die Einrichtung des Studienganges Sonderpädagogik mit Hochdruck voranzutreiben.